

Digitale Nachhaltigkeit mit Open Government Data

Transparenz durch Open Government Data stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und fördert Innovation und Wettbewerb in der Privatwirtschaft. In der Schweiz hat sich die Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit diesem wichtigen Thema angenommen. Dr. Matthias Stürmer, André Golliez, Hannes Gassert

Dr. Matthias Stürmer

Senior Advisor bei der Ernst & Young AG
und seit 2006 Vorstandsmitglied der
Swiss Open Systems User Group /ch/open



André Golliez

Managing Partner bei der itopia ag
– corporate information technology
Swiss Open Systems User Group /ch/open



Hannes Gassert

Unternehmer und Autor, Mitgründer und
Verwaltungsrat der Liip AG sowie Vorstandsmitglied
der Swiss Open Systems User Group /ch/open

Obwohl Nachhaltigkeit seit längerem ein sicherlich allzu oft verwendeter Modebegriff ist, ist dessen Prinzip wichtiger denn je: Nachhaltiges Handeln heisst, mit heutigen Entscheiden und Handlungen den Handlungsspielraum künftiger Generationen nicht zu beeinträchtigen. Dies gilt sowohl bei der ökologischen Nachhaltigkeit, sprich bei der Nutzung natürlicher Ressourcen, als auch beim Konzept der digitalen Nachhaltigkeit, das die Erstellung und Verwendung digitaler Wissensgüter wie Software und Daten betrifft. Obwohl man digitale Ressourcen per Definition ohne Abnutzung verwenden und beliebig vervielfältigen kann, können beispielsweise proprietäre Lizenzen oder verschlossene Datenformate die nachhaltige Nutzung und Weiterentwicklung von digitalen Gütern erschweren.

Eine Möglichkeit, digitale Ressourcen langfristig zugänglich und nutzbar zu machen, ist deren Bereitstellung als öffentliches Wissensgut. Öffentliche Güter, die sich als nicht-rivalisierend (können nicht aufgebraucht werden) und nicht ausschliessend (niemand wird ausgegrenzt) definieren, werden meist durch öffentliche Institutionen geschaffen. Aufgrund des Trittbrettfahrer-Phänomens sind Firmen normalerweise nicht bereit, entsprechende Investitionen zu tätigen. Typische Beispiele öffentlicher

Güter stellen die öffentliche Sicherheit oder die wissenschaftliche Grundlagenforschung dar. In der digitalen Welt sind beispielsweise Open-Source-Software sowie alle frei zugänglichen Datenquellen von Verwaltungen öffentliche Güter. Dabei verfolgt das Konzept von Open Government Data das Ziel, sämtliche durch die öffentliche Hand erstellten Daten frei zugänglich zu machen, um Transparenz, Zugänglichkeit und Offenheit von Verwaltungen und angegliederten Institutionen zu erhöhen.

Regierungen erklären Open Government Data zur Chefsache

Unter dem Label Open Government Data sind in den letzten zwei Jahren verschiedene Regierungen, insbesondere die USA unter der Präsidentschaft von Barack Obama sowie Grossbritannien unter der konservativ-liberalen Regierung von David Cameron, dazu übergegangen, Datensammlungen des öffentlichen Sektors für freie Auswertungen sowie Wieder- und Weiterverwendung in maschinenlesbarer Form zugänglich zu machen. Anlässlich seines Amtsantritts am 21. Januar 2009 deklarierte Barack Obama vor seinen Chefbeamten die Prinzipien einer offenen Regierung: «My Administration is committed to creating an unprecedented level of openness in Government. We will work together to ensure the public trust and establish a system of transparency, public participation, and collaboration. Openness will strengthen our democracy and promote efficiency and effectiveness in Government.»

Das Konzept frei verfügbarer Behördendaten ist ein wesentlicher Bestandteil von Open Government. Für eine Öffnung zahlreicher staatlicher Rohdatenbestände sprechen Forderungen nach mehr Transparenz, mehr Bürgerorientierung, eine stärkere Verwaltungsöffnung und eine positive Öffentlichkeitsarbeit. Eine durch frei zugängliches Wissen, Informationen und Daten wohl informierte Öffentlichkeit und die damit verbundene Offenheit stärken die Bürgergesellschaft insgesamt. Gerade für die Schweiz mit ihrem dezidiert partizipativen System stellt sich hier die Frage nach einer «direkten Datendemokratie» für das 21. Jahrhundert.

Zugang zu öffentlichen Behördendaten schafft Vertrauen und fördert Innovation

Frei zugängliche Behördendaten sind eine Voraussetzung für die nachhaltige Öffnung von Staat und Verwaltung. Der freie und ungehinderte Zugang der Allgemeinheit zu Daten der öffentlichen Verwaltung ermöglicht es den Bürgern, sich zu informieren und qualifizierte Entscheidungen zu treffen. Dies erlaubt den Bürgerinnen und Bürgern, sich mündig und aktiv in die Gesellschaft einzubringen und sich an politischen Entscheidungen und Prozessen zu beteiligen. Der Zugang schafft die Voraussetzung für transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln und ist somit Grundlage für Rechenschaft, Vertrauen, Partizipation und Zusammenarbeit. Aus «da oben in Bern» wird jetzt «hier drüben im Internet».

Bei Open Government Data geht es jedoch nicht nur um Transparenz als Wert an sich. Frei zugängliche Daten des öffentlichen Sektors sind Basis und Quelle für Innovation und wirtschaftliche Wertschöpfung. Sie ermöglichen die Entwicklung zahlreicher neuer Dienstleistungen durch kreative Einzelpersonen, privatwirtschaftliche Unternehmen und gemeinnützige Organisationen, zu denen den Verwaltungen die Zeit, die notwendigen finanziellen Mittel und oft auch die Ideen und das Know-how fehlen. Um wie viele innovative Tools wäre die Schweiz reicher, wenn Fahrpläne, das Telefonbuch, Medienarchive, Geo- und Meteodaten über einfache und offene Schnittstellen verfügbar wären?

Neben Grossbritannien, das mit der neuen Regierung eine Vorreiterrolle für Open Government Data übernommen hat, rollen analoge Bestrebungen in verschiedenen europäischen Ländern an. So hat beispielsweise die deutsche Bundesregierung im August 2010 das Regierungsprogramm für eine «Vernetzte und transparente Verwaltung» beschlossen und schreibt darin unter dem Titel «Open Government»: «Es soll deshalb – dort, wo es rechtlich möglich und zweckmässig ist – ein freier Zugang zu Informationen der Verwaltung geschaffen werden, um einerseits die Aufgabenerledigung der Verwaltung zu unterstützen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit den Innovationsstandort Deutschland zu stärken.»

«Frei zugängliche Behördendaten sind eine Voraussetzung für die nachhaltige Öffnung von Staat und Verwaltung.»

Open Government Data beginnt auch in der Schweiz

In der Schweiz war Open Government Data bis jetzt noch kein Thema. Es ist eine Tatsache, dass zahlreiche Verwaltungseinheiten auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene bereits umfangreiche Datensammlungen publizieren, dies aber nicht unter der Bezeichnung «Open Government Data» kommunizieren. Auf Bundesebene sind dies beispielsweise das Bundesamt für Statistik, das Schweizerische Bundesarchiv oder das Bundesamt für Umwelt. Leider sind die Daten oft nur wenig geeignet für eine sinnvolle Weiterverarbeitung, sei es wegen Format-, Lizenz- oder Aktualitätsgründen.

Seit Sommer 2010 hat sich nun eine Arbeitsgruppe der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit bestehend aus Nationalrätinnen, Wirtschaftsvertretern und renommierten Wissenschaftlern gebildet. Um Open Government Data in der Schweiz auch auf die Agenda von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft zu bringen und alle relevanten Akteure zu vernetzen, ist für dieses Jahr eine nationale Konferenz geplant. Diese wird den Startschuss für die koordinierte Umsetzung von neuen, zukunftssträchtigen Projekten rund ums Thema Open Government Data geben und so zur Förderung der digitalen Nachhaltigkeit in der Schweiz beitragen – ein Schlüsselthema für 2011 und darüber hinaus. ■